

WEP-11

Bewerbungsschreiben Kandidatur Europawahl

Barbara Lochbihler

„Die Menschenrechtsverletzungen von heute sind die Kriege von morgen“ – damit fasste der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan die grundlegende Bedeutung der Menschenrechte zusammen. Nur wer frei von Not und frei von Furcht leben kann, weil er oder sie das Recht auf Wohnung, auf Nahrung, auf körperliche Unversehrtheit, auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, auf Gleichheit vor dem Recht in Anspruch nehmen kann, wird ein Leben in Würde führen können - so unterschiedlich und bunt die jeweiligen Lebensentwürfe in der kulturelle Vielfalt der Welt auch sind.

Deutsche und internationale Politik muss die Menschenrechten zur Grundlage politischen Handelns nehmen. Meine Ausrichtung in der Friedenspolitik lässt sich mit einem Zitat der US-amerikanischen Sozialreformerin und Friedensnobelpreisträgerin Jane Addams beschreiben:

„Es gibt keinen Frieden ohne Gerechtigkeit, es gibt keinen Frieden ohne Brot.“ Bisher habe ich mich dafür als Vertreterin der Zivilgesellschaft engagiert. Mit der Bewerbung um ein Mandat im Europaparlament geht es mir nun darum, diese Forderungen direkt in die Politik zu tragen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind für mich die Partei, die am glaubwürdigsten für die Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte streitet. Daher bewerbe ich mich auf einen vorderen Listenplatz auf der Europaliste. Gemeinsam mit Euch möchte ich mich für eine konsequente Menschenrechtspolitik einsetzen – in Europa und in der Welt.

Europa verstehe ich als ein bisher gelungenes Friedensprojekt, das allerdings weder aus sich selbst entstanden noch vollendet ist. Noch immer kommen in der EU Ausgrenzung und Diskriminierung sowie Verletzungen von Minderheitenrechten und Homophobie vor. Zum Teil herrscht ein extremes soziales Gefälle. Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie nehmen zu, und Menschenrechtsverletzungen, die im Namen einer falsch verstandenen Sicherheit angeordnet wurden, werden ihrerseits zur Bedrohung. Während wir das friedliche Miteinander in der EU heute genießen und andere Länder zum Frieden aufrufen, dürfen wir nicht vergessen, dass europäische Staaten zu den weltgrößten Waffenproduzenten und –händlern gehören. Die Abrüstung in den EU-Staaten und nicht deren Aufrüstung mit Unterstützung von EU-Agenturen muss von uns Bündnisgrünen prominent auf die Tagesordnung gesetzt werden. Als Gegnerin der zivilen wie militärischen Atomenergie gehört für mich selbstverständlich der Einsatz für eine atomwaffenfreie Welt dazu.

Die Europäische Union ist ein wichtiger globaler Akteur bei der Gewährung, dem Schutz und der Förderung der Menschenrechte. Allerdings ein Akteur, der zwar über ein gutes Instrumentarium verfügt, dies aber meist nur halbherzig und inkonsequent einsetzt. Die EU ist sich zu oft uneins in internationalen Verhandlungen, um bei der Armutsbekämpfung, bei ziviler Konfliktlösung oder bei Klimaschutzverhandlungen erfolgreich zu sein.

Im Europäischen Parlament möchte ich mich ganz besonders den menschenrechtspolitischen Herausforderungen der EU in den Innen- und Außenbeziehungen widmen: Wir brauchen ein Konzept für eine Migrationspolitik, die dem Sterben an den EU-Außengrenzen ein Ende macht und den Bedürfnissen und Rechten der Migranten und Flüchtlinge Rechnung trägt. Die Mittäterschaft europäischer Regierungen bei schweren



WEP-11

Menschenrechtsverletzungen im Anti-Terrorkampf muss aufgearbeitet werden, z.B. Folter und „Verschwindenlassen“. Zu den menschenrechtlichen Herausforderungen zählt auch die entschiedene und effektive Bekämpfung von Rassismus, auch innerhalb der EU, mit welchem hässlichen Gesicht er sich auch immer zeigt. Die stetige Aushöhlung unserer Bürgerrechte und die Verletzungen unserer Persönlichkeitsrechte schreiten auf Europaebene munter voran. Mit ganz besonderer Wachsamkeit und entschiedenem Widerstand müssen wir hier verhindern, dass weitere Einschränkungen vorgenommen werden, die dann auf nationaler Ebene nicht mehr zu korrigieren sind.

Politik auf Europaebene verbinde ich mit dem Einsatz für eine einheitliche EU-Außenpolitik, gerade weil diese erst in den Anfängen steckt. Entscheidend ist ein einheitliches, koordiniertes Verhalten der EU, das sich an einer wertegeleiteten Politik orientiert. Nur so können wir im globalen Maßstab eine Politik betreiben, die auch in Zeiten globaler Krisen die Durchsetzung von weltweit gültigen Regeln unterstreicht, die natürlichen Lebensgrundlagen schützt und die Interessen der Schwächeren vertritt. Gerade in Krisenzeiten müssen wir aktiv die Alternativlosigkeit zu einer geeinten, handlungsfähigen EU herausstellen. Denn allein im nationalstaatlichen Kontext kann keine der anstehenden Fragen beantwortet werden. Dabei ist auch die Doppelzüngigkeit jener PolitikerInnen anzusprechen, die die EU permanent schlechtreden, um von eigenen Fehlern auf Landes- und Bundesebene abzulenken. Eine pauschale Europaverdrossenheit hat in konstruktiver Politik keinen Platz.

Seit ihrer Gründung haben die GRÜNEN mutig konsequente Frauengleichstellungspolitik betrieben, haben dazu beigetragen, dass selbstbestimmte weibliche Lebensentwürfe möglich sind. Mit der Einführung der Quote haben wir Standards gesetzt. Dies hat auch mich entscheidend geprägt und deshalb ist der Einsatz für Geschlechtergerechtigkeit ein zentrales durchgängiges Motiv meines politischen Engagements. Auch auf Europaebene sind immer noch zu wenig Frauen in der Außenpolitik, in der Friedens- und Abrüstungspolitik engagiert.

Die EU bietet eine Fülle von Möglichkeiten, das Alltagsleben von uns allen zu verbessern, und vieles ist für uns größtenteils selbstverständlich geworden. Unsere Wahrnehmung der EU ist aber auch geprägt von der Praxis bürokratischer EU-Institutionen, die sich am Wirtschaftsliberalismus orientieren, auf Sozialabbau zielen, sich gegenüber den ärmsten Ländern dieser Welt abschotten, auf Überwachung der BürgerInnen innerhalb der Union setzen und die erhebliche Demokratiedefizite haben. Ich möchte eine Politik gestalten und betreiben, die diesen Fehlentwicklungen entgegentritt, deren fatale Ergebnisse sich gerade in der derzeitigen schweren Finanz-, Klima- und Lebensmittelkrise so überdeutlich zeigen. Bündnisgrüne Politik darf es nicht dabei bewenden lassen, die Negativwirkungen aufzuzählen, sondern muss tragfähige Lösungen anbieten, die in den Menschenrechten gründen. Es ist mir ein Anliegen, für eine glaubwürdige Politik zu werben und diese nach außen zu vertreten.

Ich bitte Euch daher um Euer Vertrauen und Eure Unterstützung für meine Kandidatur.

Herzliche Grüße



Barbara Lochbihler

WEP-11

Was bringe ich für ein Mandat im Europaparlament mit?

Kenntnis des „Politikbetriebes“: aktive und erfolgreiche Vertretung von Menschenrechtsanliegen gegenüber Parlamenten auf Bundes-, Landes- und Europaebene, gegenüber Ministerien, Kanzleramt, Bundespräsidialamt, Botschaften.

Kenntnis der GRÜNEN als Mitarbeiterin der bayerischen Landtagsfraktion von 1987 - 1991. Internationalität: Mitbegründerin des Dritte Welt Cafe's auf lokaler Ebene in München (1985) bis zur mehrjährigen Tätigkeit auf internationalem, diplomatischen Parkett bei den Vereinten Nationen in Genf und New York.

Führungserfahrung: in internationalen Organisationen wie Amnesty International, d.h. neben der politischen Arbeit auch Kampagnen- und Gremienerfahrung in einer basisdemokratischen Mitgliederorganisation.

Medienerfahrung: die Anliegen von Amnesty International konnte ich mit sehr gutem Erfolg in den Medien, sei es TV, Hörfunk und Print, vertreten und bundesweit Gehör finden.

Studien: Sozialpädagogik (Diplom), Politische Wissenschaften, Volkswirtschaft und Internationales Recht (Magister) in München,

Berufstätigkeit: Leiterin des Alten- und Service Zentrums Haidhausen; Persönliche Referentin von Prof. Eleonore Romberg, MdL Fraktion DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag, (1987-91); Generalsekretärin der Women's International League for Peace and Freedom in Genf (1992-99); Generalsekretärin der deutschen Sektion von Amnesty International, seit 1999; Gründungsmitglied des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Gründungsmitglied und Kuratoriumsvorsitzende der Stiftung Menschenrechte.